

Zuständiges Regierungspräsidium

Bitte auswählen

Hinweise:

1. Der Antrag kann grundsätzlich auch formlos gestellt werden.
2. Alle im Verfahren eingereichten Unterlagen werden an die betroffene Person weitergeleitet. Bitte prüfen Sie Ihren Antrag daher auf die Einhaltung datenschutzrechtlicher Belange.
3. Bitte beachten Sie, dass die Bearbeitung Ihres Antrages gebührenpflichtig ist.

Antrag auf Zulässigkeitserklärung der Kündigung

nach

☐ § 17 (2) Mutterschutzgesetz (MuSchG)

☐ § 17 (2) MuSchG und § 18 (1) Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG)*

***Hinweis:**

Bestehen Mutterschutz und Elternzeit nebeneinander (z. B. wenn die Frau nach der Geburt Elternzeit nimmt (gilt bis vier Monate nach dem Entbindungstermin) oder bei einer erneuten Schwangerschaft während der Elternzeit) ist das zweite Kästchen anzukreuzen, denn in diesen Fällen bedarf es der Zulässigkeitserklärung gem. § 17 (2) MuSchG und § 18 (1) BEEG.

Für Anträge auf ausnahmsweise Zulässigkeitserklärung einer Kündigung ausschließlich nach § 18 Abs. 1 BEEG ist der Kommunalverband für Jugend und Soziales - KVJS - zuständig.

1. Antragsteller / Antragstellerin

Nachname, Vorname

Firmenbezeichnung

Straße, Haus-Nr.

PLZ / Ort

Telefonnummer

E-Mail-Adresse

Ggf. Vertretungsbefugte/r (Vollmacht beifügen)

Firmenbezeichnung

Nachname, Vorname Ansprechpartner/in

Straße, Haus-Nr.

PLZ / Ort

Telefonnummer

E-Mail-Adresse

2. Betriebsdaten (Zutreffendes bitte ankreuzen)

Rechts- oder Gesellschaftsform des Unternehmens (z. B. OHG, GmbH, AG, KG etc.)		
☐ Inhaber/in	☐ Gesellschafter/in	☐ Geschäftsführer/in
☐ Hauptsitz	☐ Niederlassung	☐ Filiale
Gegenstand des Betriebes (Kurzbeschreibung z. B. Produktion, Dienstleistung, Handel etc.)		
Anzahl der Beschäftigten (insgesamt)		
Anzahl der Beschäftigten (in der Betriebsstätte/Abteilung der betroffenen Person)		

3. Arbeitnehmervertretung im Betrieb

☐ Betriebsrat ☐ Personalrat ☐ Beschäftigtenvertretung	
☐ keine Arbeitnehmervertretung gewählt/vorhanden	
Vorsitzende/r Vertretung	Telefonnummer Telefonnummer
Hat der Betriebsrat/Personalrat/die Beschäftigtenvertretung zum Antrag eine Stellungnahme abgegeben?	
☐ ja (bitte beifügen) ☐ nein (wird nachgereicht)	
Existiert ein Interessenausgleich/Sozialplan?	
☐ ja (bitte beifügen) ☐ nein	

4. Arbeitnehmerin, deren Kündigung beabsichtigt ist

Nachname, Vorname	
Straße, Haus-Nr.	
PLZ / Ort	
Telefonnummer	
E-Mail-Adresse	
Beschäftigungsadresse	
Straße, Haus-Nr.	
PLZ / Ort	
Entbindungstag (Pflichtangabe)	voraussichtlich tatsächlich
Fehlgeburt am	in der Schwangerschaftswoche
Art der bisherigen Tätigkeit/Berufsbezeichnung	
Besteht ein betriebliches oder ärztliches Beschäftigungsverbot? ☐ nein	
☐ ja von bis	
im Betrieb beschäftigt seit	mit schriftlichem Vertrag ☐ nein ☐ ja (Kopie beifügen)

Die Kündigungsfrist lt. Vertrag beträgt			
Arbeitszeit	☐ Vollzeit mit	Std./tgl. und	Std./wöchentlich
	☐ Teilzeit mit	Std./tgl. und	Std./wöchentlich
	☐ geringfügig (sozialversicherungsfrei)		
Elternzeit beantragt	☐ nein	☐ ja, für die Zeit vom	bis
Erwerbstätigkeit in der Elternzeit	☐ nein	☐ ja, mit	Std./wöchentlich
	☐ bei Antragstellenden oder ☐ bei anderem Unternehmen		
Ist die betroffene Person über den Antrag informiert?	☐ ja	☐ nein	
Wurde die Kündigung bereits ausgesprochen?	☐ ja	☐ nein	

5. Antragsgründe

Hinweis:

Bitte wählen Sie **einen** Grund aus und fügen Sie Ihrem Antrag die betreffende Anlage bei. Eine zusätzliche ausführliche Antragsbegründung ist zwingend erforderlich und kann auf der entsprechenden Anlage erfolgen.

- ☐ Betriebsaufgabe/-schließung/Liquidation/Insolvenz/Teilbetriebsschließung (Anlage 1 bitte beifügen),
- ☐ Betriebsverlagerung (Anlage 2 bitte beifügen),
- ☐ Existenzgefährdung (Anlage 3 bitte beifügen) oder
- ☐ Verhaltensbedingte Gründe (Anlage 4 bitte beifügen)

Liste der einzureichenden Unterlagen im Überblick:

- ☐ Arbeitsvertrag
- ☐ Schwangerschaftsbescheinigung bzw. Geburtsurkunde
- ☐ ggf. Antrag auf Elternzeit
- ☐ Mitteilung, ob die werdende Mutter noch arbeitet oder sich im Beschäftigungsverbot befindet
- ☐ Mitteilung, ob die Meldung nach § 27 MuSchG an das Regierungspräsidium bereits erfolgt ist
- ☐ ggf. Stellungnahme des Betriebsrates

Ort, Datum

Unterschrift und ggf. Firmenstempel

Hinweise zur Datenverarbeitung:

Informationen zum Schutz personenbezogener Daten finden Sie auf unserer Internetseite unter A-01: Datenschutzerklärung zur Verwaltungstätigkeit der Regierungspräsidien (pdf.511 KB)